



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Der Präsident

Bundesrechtsanwaltskammer
Littenstraße 9 | 10179 Berlin

Bundesminister der Justiz
Herrn Dr. Marco Buschmann
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

per Mail

Berlin, 15.02.2023

Justizreformen in Israel

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Buschmann,

mit diesem Schreiben erlaube ich mir, unsere große Besorgnis über die derzeitigen Justizreformen in Israel und ihre Folgen für die Justiz und Rechtsanwaltschaft zum Ausdruck zu bringen.

Als Vertretung der deutschen Anwaltschaft setzen wir uns – auch international – für den Aufbau und den Erhalt von rechtsstaatlichen Strukturen in unseren Partnerländern ein. Mit Israel, der Israel Bar Association und damit der israelischen Anwaltschaft, verbindet die Bundesrechtsanwaltskammer eine langjährige und besondere Partnerschaft, die durch einen regelmäßigen und intensiven Austausch geprägt ist. Gemeinsam mit der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung e.V. hat die Bundesrechtsanwaltskammer die Justizreformen in Israel zum Anlass genommen, das Gespräch mit Prof. Dr. Yoram Danziger, Rechtsanwalt und ehemaliger Richter am Supreme Court of Israel, im Rahmen einer Online-Veranstaltung zu suchen. Prof. Dr. Danziger hat die Berichterstattung der letzten Wochen bestätigt und die Bedrohlichkeit der Lage in ihrem gesamten Umfang aufgezeigt.

Seit dem Amtsantritt der neuen israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu überschlagen sich die Ereignisse in Israel. Die Judikative sieht sich mit Plänen konfrontiert, mit denen das bestehende Rechtssystem grundlegend verändert werden soll. Justizminister Yariv Levin hat einen Gesetzentwurf präsentiert, der unter anderem eine sogenannte „Überstimmungsklausel“ vorsieht, wonach Entscheidungen des Supreme Court mit einfacher Mehrheit des Parlaments außer Kraft gesetzt werden können. Weiterhin sind Änderungen des Richterwahlverfahrens vorgesehen, die ein Einfallstor für politische Einflussnahme bei der Besetzung von Richterstellen bedeuten würden. Das israelische Justizsystem, welches unter den demokratisch geordneten Ländern hohes Ansehen genießt, würde starken Schaden nehmen. Es erscheint sogar fraglich, ob es in seiner geplanten Fassung überhaupt noch die Voraussetzungen eines rechtsstaatlichen Justizsystems erfüllen würde.

Bundesrechtsanwaltskammer

The German Federal Bar
Barreau Fédéral Allemand
www.brak.de

Büro Berlin – Hans Litten Haus

Littenstraße 9 Tel. +49.30.28 49 39 - 0
10179 Berlin Fax +49.30.28 49 39 - 11
Deutschland Mail zentrale@brak.de

Büro Brüssel

Avenue des Nerviens 85/9 Tel. +32.2.743 86 46
1040 Brüssel Fax +32.2.743 86 56
Belgien Mail brak.bxl@brak.eu

Die Bundesrechtsanwaltskammer teilt die Position der protestierenden israelischen Anwaltschaft, die sich unter dem Namen „Protest der schwarzen Roben“ formiert hat, und der Präsidentin des Supreme Court von Israel, der ehrenwerten Richterin Esther Hayut. Wir lehnen die Änderungen des Rechtssystems in Israel, wie sie von Justizminister Yariv Levin vorgeschlagen werden, entschieden ab.

Die Justizreformen würden das Gleichgewicht zwischen Legislative, Exekutive und Judikative radikal verschieben und die Gewaltenteilung in Israel faktisch aufheben. Die Neubesetzung und Stimmverteilung des Gremiums zur Richterwahl drängt die bisherige Beteiligung der Anwaltschaft weit zurück. Der besondere Status der israelischen Anwaltschaft, die derzeit zwischen der Judikative und Exekutive eine ausgleichende und regulierende Kraft bildet, würde damit verloren gehen. Die derzeitigen Reformen und Strömungen zielen nicht nur auf die Beschränkung der starken Stellung des Supreme Court of Israel, sondern auch auf die Schwächung der verfassten Anwaltschaft und damit der Israel Bar Association. Anders als in Deutschland müssen in Israel jede Richterin und jeder Richter auch als Anwältin bzw. Anwalt tätig gewesen sein. Die israelische Anwaltschaft versteht sich als wesentliches und wichtiges Element des derzeitigen Systems und ist anerkannte Kontrollinstanz. Diese starke Stellung wird von der derzeitigen Regierung angegriffen.

Ich bitte Sie daher im Interesse der Aufrechterhaltung rechtsstaatlicher Strukturen darum, auf Justizminister Yariv Levin und andere Regierungsvertreter einzuwirken, und diese dazu zu bewegen, von den Justizreformen Abstand zu nehmen und den Dialog mit den protestierenden Vertretern und Vertreterinnen von Anwaltschaft und Justiz zu suchen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Wessels
Rechtsanwalt und Notar